

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948**

4 (12.1.1948)

# Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Ercheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 1.20, monatlicher Bezugspreis RM 2.20 (inkl. RM 0.25 Träggebühren, bei Zustellung durch die Post RM 2.00 zuzüglich Zustellgebühren).

Anzeigenpreis: Die 20 mm br. Nonp-Zelle Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanfrage RM 2.—; Anst. Anzeigen 50% Nachsch.

2. Jahrgang / Nummer 4

Montag, den 12. Januar 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

## Entweder restlose Ablieferung oder Rationskürzungen

Scharfe alliierte Kritik an den verantwortlichen deutschen Stellen wegen mangelhafter Erfüllung der Ablieferungsquoten

Berlin, 11. Jan. (AP.) Wenn die Deutschen keine wesentliche Verbesserung ihres Ablieferungssystems in der Landwirtschaft erzielen, wird die alliierte Lebensmittelration in den verbleibenden anglo-amerikanischen Zonen herabgesetzt werden, wie der Leiter der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft in der amerikanischen Militärregierung, Raymond A. Jones am Sonntag erklärte. Er teilte mit, daß die Zweizeilenbehörden in Frankfurt eine Senkung der Normalverbrauchsrationen von 150 auf 120 Kalorien täglich erwägen. Die Lebensmittelrationen in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres hätten höhere Durchschnittswerte erreicht, als mit der festgesetzten Einfuhrquote vorgesehen war. Die Hauptverursacher der Ablieferung und falsche Verteilung der Rationen durch die deutschen Behörden.

Berlin, 11. Jan. (Dena.) In Kreisen der amerikanischen Militärregierung könne man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß sich führende deutsche Wirtschaftler und Politiker von den gegenwärtigen Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten in der Weltenernährung noch immer kein richtiges Bild machen, erklärte der stellvertretende amerikanische Militärregierungsleiter für Deutschland, George P. Hays, in einem Interview. Dabei hätte die Bilanz des „Lewentz“ an den Lebensmittelausfuhrern der USA erhalten. Wenn die Erfassung und Verteilung der in der Bilanz ermittelten Lebensmittel planmäßig durchgeführt werde, so könne jeder Bewohner der beiden Zonen die für ihn im Rahmen des Zuteilungssystems vorgesehenen Nahrungsmittel erhalten. Die amerikanische Militärregierung wolle sich bemühen, den spärlichen Kartoffelmangel in einzelnen Gebieten der Rzone durch die rasche Einfuhr von Nahrungsmitteln mit hohem Kalorienwert zu lindern.

Frankfurt, 10. Jan. (Dena.) Der Vorsitzende des Exekutivrates des Wirtschaftsrates, Dr. Gohard Seelos (CDU), erklärte auf einer Pressekonferenz des Exekutivrates, seiner Ansicht nach bedeute die Frankfurter Konferenz „einen schwarzen Tag“ für den Föderalismus in Deutschland. Der Vorsitzende Nordrhein-Westfalens im Exekutivrat, Ministerialdirektor Dr. Karl Spiecker, vertrat dagegen die Meinung, die Länder würden nach der Umorganisation der Bizonen-Behörde ihren Einfluß stärker geltend machen können. — Zum Zulagewesen erklärte der Vorsitzende des Exekutivrates, daß der Normalverbraucher in der BIZONE 300 Gramm Fett in der Periode erhalten könne, wenn man alle Zulagen streiche. Dies sei natürlich nur eine rein theoretische Betrachtung, Dr. Seelos vertritt die Ansicht, daß in Zukunft der Normalverbraucher mehr zu seinem Recht kommen müsse. Erst müßten die Normalverbraucherquoten festgesetzt werden, und erst dann das Verteilende als Zulagen aufgeteilt werden, nicht umgekehrt. Die Einführung einer Beschränkungskarte sei bisher durch den Einspruch der Militärregierung verhindert worden.

Frankfurt, 10. Jan. (Dena.) Der Vorsitzende des Exekutivrates des Wirtschaftsrates, Dr. Gohard Seelos (CDU), erklärte auf einer Pressekonferenz des Exekutivrates, seiner Ansicht nach bedeute die Frankfurter Konferenz „einen schwarzen Tag“ für den Föderalismus in Deutschland. Der Vorsitzende Nordrhein-Westfalens im Exekutivrat, Ministerialdirektor Dr. Karl Spiecker, vertrat dagegen die Meinung, die Länder würden nach der Umorganisation der Bizonen-Behörde ihren Einfluß stärker geltend machen können. — Zum Zulagewesen erklärte der Vorsitzende des Exekutivrates, daß der Normalverbraucher in der BIZONE 300 Gramm Fett in der Periode erhalten könne, wenn man alle Zulagen streiche. Dies sei natürlich nur eine rein theoretische Betrachtung, Dr. Seelos vertritt die Ansicht, daß in Zukunft der Normalverbraucher mehr zu seinem Recht kommen müsse. Erst müßten die Normalverbraucherquoten festgesetzt werden, und erst dann das Verteilende als Zulagen aufgeteilt werden, nicht umgekehrt. Die Einführung einer Beschränkungskarte sei bisher durch den Einspruch der Militärregierung verhindert worden.

Ein Hilferuf aus Nordrhein-Westfalen  
Düsseldorf, 11. Jan. (Dena.) Die steigende Notlage der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen und der unmittelbar drohende Zusammenbruch des wirtschaftlichen Lebens zwingen mich zu einem Hilferuf an alle Länder der britisch-amerikanischen Zone, schreibt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold in einem Telegramm an die Ministerpräsidenten aller Länder der BIZONE. „Die Auswirkungen eines solchen Zusammenbruchs würden alle Länder der beiden Zonen auf das schwerste in Mitleidenschaft ziehen. Um dieser gemeinsamen Gefahr zu begegnen, bitte ich, auf dem Wege einer sofortigen Sonderaktion alle greifbaren Bestände an Fett, Fleisch und Kartoffeln der hungernden Bevölkerung an Rhein und Ruhr

zu stellen. Einzelheiten der Durchführung müßten durch die Ernährungsminister geregelt werden.“  
Proteststreik der Arbeiter  
Bad Nauheim, 11. Jan. (Dena.) In Essen, Düren und Nürnberg, sowie in einer kurhessischen Braunkohlensache brachen Streiks aus, die jedoch nach Stunden bereits wieder beigelegt werden konnten. In allen Fällen wurde die mangelhafte Ernährung als Ursache der Arbeitsniederlegung bezeichnet. In ganz Essen herrschte am Freitag zwischen 11 und 17 Uhr auf Anweisung des örtlichen Gewerkschaftsvorstandes Arbeitsruhe. — Im gesamten Bereich der Stadt und des Kreises Düren legten am Freitag die Industriearbeiter sowie die Angestellten und Arbeiter der Verwaltungen aus Protest gegen die Ernährungsfrage für zwei Stunden die Arbeit nieder. — Bereits zu Beginn der Woche hatten die Arbeiter zweier Nürnberger Betriebe die Arbeit niedergelegt, bis ihnen von den ört-

lichen Gewerkschaftsvertretern die Zusicherung gegeben worden war, daß in der 11. Zuteilungsperiode die Zulagen nicht gekürzt werden würden. Etwa 25 000 bis 30 000 Arbeiter waren — wie DFD meldet — in Solingen am Freitagvormittag in der Stadthalle zu einer Protestversammlung gegen die unzureichende Versorgungslage zusammengekommen.  
Arbeterschaft am Ende ihrer Kraft  
Mannover, 11. Jan. (Dena.) Die Arbeiterschaft ist am Ende ihrer physischen Kraft, erklärte der Gewerkschaftsführer der Industrie-Gewerkschaft Metall in Niedersachsen, Otto Brenner, in einer Versammlung vor etwa 300 Mannoverer Betriebsratsvorsitzenden. Es werde nicht möglich sein, in der laufenden Periode in Niedersachsen die vorgesehene 150 g Fett auszugeben, fuhr Brenner fort. Der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Kreisverbandes des DGB Ludwig Beckler, unterstrich die Ausführungen Brenners mit dem Hinweis, daß nur durch

Einspruch der britischen Militärregierung die von den deutschen Stellen in Frankfurt geplante Kürzung der Brotration auf 200 Gramm für diese Periode verhindert werden sei.  
Duisburg. Die Betriebsräte aller Duisburger Betriebe und Vertreter des Ortsausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschlossen laut DFD auf einer gemeinsamen Konferenz einstimmig, für den kommenden Mittwoch eine Versammlung der Gewerkschaftsausschüsse und Betriebsräte der vier Ruhr-Großstädte Essen, Duisburg, Mülheim und Oberhausen einzuberufen, die über die Durchführung einer gemeinsamen Streikaktion beschließen soll. Die Teilnehmer der Duisburger Konferenz traten geschlossen für eine sofortige Streikaktion ein.  
Hamburg. (Dena.) Sämtliche Hamburger Hafenarbeiter und Transportarbeiter haben am Freitag früh ihre Arbeit verweigert. Damit ist der seit Montag andauernde „wilde“ Streik beendet.

## Für und wider die Frankfurter Beschlüsse

Einspruch Frankreichs in London und Washington — Die Meinung der Parteien

Frankfurt, 10. Jan. (Dena.) Der Vorsitzende des Exekutivrates des Wirtschaftsrates, Dr. Gohard Seelos (CDU), erklärte auf einer Pressekonferenz des Exekutivrates, seiner Ansicht nach bedeute die Frankfurter Konferenz „einen schwarzen Tag“ für den Föderalismus in Deutschland. Der Vorsitzende Nordrhein-Westfalens im Exekutivrat, Ministerialdirektor Dr. Karl Spiecker, vertrat dagegen die Meinung, die Länder würden nach der Umorganisation der Bizonen-Behörde ihren Einfluß stärker geltend machen können. — Zum Zulagewesen erklärte der Vorsitzende des Exekutivrates, daß der Normalverbraucher in der BIZONE 300 Gramm Fett in der Periode erhalten könne, wenn man alle Zulagen streiche. Dies sei natürlich nur eine rein theoretische Betrachtung, Dr. Seelos vertritt die Ansicht, daß in Zukunft der Normalverbraucher mehr zu seinem Recht kommen müsse. Erst müßten die Normalverbraucherquoten festgesetzt werden, und erst dann das Verteilende als Zulagen aufgeteilt werden, nicht umgekehrt. Die Einführung einer Beschränkungskarte sei bisher durch den Einspruch der Militärregierung verhindert worden.

Hilfe Deutschlands hinausgeht, erklärte der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard. Das so viel erörterte Weststaat-Problem sei nicht akut geworden und die aufgeführten Kommentare in der sowjetischen Zone entbehrten jeder Grundlage.  
Stuttgart. (Dena.) Der Landesverband der kommunistischen Partei in Württemberg-Baden vertrat in einer Stellungnahme zur Frankfurter Konferenz die Ansicht, die „Fehkonstruktion des Wirtschaftsrates“ haben ihren Bankrott erwiesen und solle durch die Frankfurter Beschlüsse zu einer „deutschen Wirtschaft“ der westdeutschen Bevölkerung noch mehr gefährdeten „Staatsmaschine“ ausgebaut werden, die an keinen Auftrag des Volkes gebunden sei.

dem stellvertretenden Staatssekretär für Deutschland, Sir Ivone Kirkpatrick vorstellig, daß die britische und die amerikanische Regierung Frankreich nicht genügend unterrichtet hätten.  
Paris, 11. Jan. (Dena-Reuters.) Der französische Botschafter in Washington Henri Bonet ist angewiesen worden, beim amerikanischen Außenministerium gegen den anglo-amerikanischen Schritt zu protestieren. Die französischen Einwände richteten sich gegen die Tatsache, daß Frankreich nicht im voraus über diese Maßnahmen informiert wurde.  
Keine Rückwirkungen auf Länderrat  
Stuttgart, 11. Jan. (Sig. Ber.) Generalsekretär Erich Rothmann, der als Repräsentant des Länderrates der US-Zone an den Frankfurter Besprechungen teilnahm, erklärte uns nach seiner Rückkehr, daß die in aufgeschlossener Atmosphäre geführten Verhandlungen eine erfreuliche Übereinstimmung sowohl zwischen Deutschland und den Alliierten als auch unter den deutschen Vertretern untereinander gezeigt hätte. In Frankfurt handelte es sich lediglich um die Aufhebung von Länderratsentscheidungen wirtschaftspolitischer Natur zu Gunsten der Frankfurter Institution. Der Länderrat sei nur theoretisch berührt, da der größte Teil der abend von ihm ausgeübten wirtschaftspolitischen Funktionen bereits im vergangenen Jahr in Minden bzw. Frankfurt abgebrochen worden seien. In diesem Zusammenhang erklärte Rothmann, er habe den Direktoren des Länderrates in der letzten Sitzung einen Plan zur Beschleunigung des Abbaus überflüssiger Länderratsorgane vorgelegt, der bis zum 1. April 1948 realisiert werden soll.

## Haushaltsp'an vom Landtag angenommen

Ministerpräsident Dr. R. Maier zum Ergebnis von Frankfurt

Stuttgart, 11. Jan. (Sig. Ber.) Zu Beginn der 56. Sitzung des Landtages berichtete Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier über die Ergebnisse der Frankfurter Besprechungen, enthält sich jedoch eines endgültigen Urteils über den Gesamtplan. Dr. Maier wird demnächst vor dem Ständigen Ausschuss des Landtages ausführlich berichten. Es sei gelungen, einer weiteren wirtschaftlichen Verkümmern der Westzonen zu umschiffen. Das Ergebnis liege auf einer mittleren Linie. Passivität von deutscher Seite sei heute mehr denn je unangebracht, denn es gelte, den 40 Millionen Deutschen in der Westzone das Minimum an wirtschaftlicher Organisation zu verschaffen, das bis zur endgültigen Wiedervereinigung eine Schaffungs- und Lebensnotwendigkeit gebe.  
Anschließend trat das Haus in die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1947 mit den Anträgen des Finanzausschusses ein. Abg. Harter

(CDU) berichtete über die Ergänzungen zum Staatshaushaltplan durch das Staatsministerium. Diese blickten keine Erhöhungen der Personalausgaben mit sich. Der Staatshaushalt 1947 wurde in der zweiten Lesung einstimmig angenommen. Ein Antrag des Finanzausschusses zur Verminderung der Ausgaben der Kraftfahrzeughaltung der Ministerien und staatlichen Behörden wurde ebenfalls angenommen. Demzufolge ist die Benutzung von Kraftfahrzeugen bei den Behörden auf ein Mindestmaß zu beschränken. Abschließend wurde das Staatsministerium von allen vier Fraktionen ersucht, dem Landtag so schnell wie möglich Mittelungen über den Umfang der Hochwasserschäden zu machen und ihnen eine Vorlage wegen der Gewährung staatlicher Hilfe für die besonders stark betroffenen Gemeinden, die die Schäden aus eigener Kraft nicht beseitigen können, zu unterbreiten. — Die nächste Landtagssitzung findet am 14. Januar statt.

## Einspruch Frankreichs

London, 11. Jan. (Dena-Reuters.) Der britische Außenminister Ernest Bevin führte am Samstag Besprechungen mit dem französischen Botschafter in London, René Masgilt über die anglo-amerikanischen Vorschläge zur Neuorganisation des Wirtschaftsrates. Auf Anweisungen der französischen Regierung wurde Masgilt bei der britischen Regierung in noch formaler Weise als am Donnerstag gegenüber

## Verleinte Westzonen

Stuttgart. (Dena.) Das württembergische Arbeitsministerium hat im Einvernehmen mit der amerikanischen Militärregierung sowie dem Staats- und Finanzministerium eine vorläufige Regelung über eine Sozialversicherung für die Verleinten Westzonen getroffen. In die Pressestelle des Arbeitsministeriums mit.  
Stuttgart. (Dena.) Der Autobahnbaudirektor württemberg wurde am Freitag durch den Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles M. LaFollette als Ministerialdirektor Dr. Reinhold Maier, wieder dem Verkehr übergeben. Der 255 Meter lange Viadukt erhielt den Namen „Friedensbrücke“.



Der Pforzheimer Mörder

Der 12-jährige Kurt Pescher, Mitarbeiter, wohnt in Hamburg bei Pforzheim, Gestand, den Baumord an Helene Wüst am 28. 8. 47 begangen zu haben. Über die Motive der Tat berichteten wir in unserer letzten Ausgabe.  
(Die Redaktion) Aufnahme: Bott.

## Deutschland-Rundschau

Verleinte Westzonen  
Stuttgart. (Dena.) Das württembergische Arbeitsministerium hat im Einvernehmen mit der amerikanischen Militärregierung sowie dem Staats- und Finanzministerium eine vorläufige Regelung über eine Sozialversicherung für die Verleinten Westzonen getroffen. In die Pressestelle des Arbeitsministeriums mit.  
Stuttgart. (Dena.) Der Autobahnbaudirektor württemberg wurde am Freitag durch den Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles M. LaFollette als Ministerialdirektor Dr. Reinhold Maier, wieder dem Verkehr übergeben. Der 255 Meter lange Viadukt erhielt den Namen „Friedensbrücke“.  
Mannheim. (Dena.) Die bei einem Diebstahlversuch überredete Hedwig Müller wurde einem Bericht des Hauptstaatsanwalts zufolge in Mannheim-Eckstadt durch Schüsse zweier amerikanischen Wachen tödlich verwundet. Sie starb in einem Mannheimer Krankenhaus. Der ebenfalls bei dem Diebstahlversuch beteiligte Georg Grind wurde verhaftet.  
Wiesbaden. (Dena.) Die Neuorganisation der Handwerkszuteilung soll, wie in einer Besprechung von Vertretern der Wirtschaftsministerien der Länder der US-Zone vereinbart wurde, durch koordinierte Landtagsgesetze über die einzelnen Landtage durchgeführt werden, teilte das hessische Wirtschaftsministerium mit. Die Reform der Handwerkszuteilung soll die freiwillige Mitgliedschaft in den Innungen und die Selbstverwaltung des Handwerks durch die Handwerkskammern gewährleisten.  
Bremen. (Dena.) Große Mengen Textilwaren und Schuhe, die von der amerikanischen Regierung des deutschen Zivillieferanten zur Verfügung gestellt worden waren, wurden, wie die Bremer Kriminalpolizei mitteilt, in den letzten Monaten aus dem Depot Lemwerden bei Bremen entwendet. Es gelang der deutschen Kriminalpolizei, in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Polizei, 2 Bände, darunter 20 Werkspolizisten und Arbeiter des Depots festzunehmen.  
Hamburg. (Dena.) Britische Bombereinheiten werden in der Nacht vom 11. zum 14. Januar erneut mit einer Fünftausend Bombardierung der Insel Helgoland mit, teilte die britische Kontrollkommission mit.

## Welt-Rundschau

WASHINGTON. (Dena-INS.) Das amerikanische Justizministerium gab die Festnahme des ungarischen Staatsangehörigen Ferenc Vajta bekannt. Vajta wird von Ungarn wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung von Imre Nagy, ungarischer Innenminister, in Washington, D.C., (Dena-INS.) Amerikanische Regierungsbeamte haben, wie der republikanische Botschafter am Präsidentschaftskandidat, Harold E. Stassen, vor dem Haushaltsausschuß des Senats erklärte, seit Kriegsende Waren im Wert von 25 Millionen Dollar in Lebensmitteln im Jahre von 25 Millionen Dollar durchgeführt und dabei bis zu vier Millionen Dollar Gewinn erzielt.  
LONDON. (Dena-Reuters.) Großbritannien und der Irak haben einen neuen Handelsvertrag vereinbart, der den im Jahre 1926 geschlossenen Vertrag ersetzen soll.  
LONDON. (Dena-Reuters.) „Es ist schwer für das deutsche Volk, erklärte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Dr. Kurt Schumacher bei seiner Ankunft in London, auf eine demokratische Zukunft zu verzichten, während die Hindernisse der alliierten Mächte quer durch Land und Volk stehen.“  
PARIS. (Dena.) Von den 300 000 deutschen Kriegsgefangenen, die sich auch in Frankreich befinden, werden laut AFP 127 000, die als freie Arbeiter in Frankreich verbleiben wollen, bis Ende dieses Jahres entlassen. 20 000 bis 40 000 deutsche Kriegsgefangene werden monatlich nach Deutschland zurückkehren, so daß bis zum 31. Dezember 1948 alle, die nicht als Arbeiter in Frankreich bleiben wollen, wieder in die Heimat gelassen sind.  
PARIS. (Dena-Reuters.) Durch das Erblasten in dem Kohlenbergwerk „Petite Reaule“ in der lotharingischen Grafschaft Forbach wurden nach den Berichten des französischen Innenministeriums sieben Bergleute getötet und 20 zum Teil schwer verletzt. Sämtliche Verletzten konnten über Tage gerettet werden.  
BRUSSEL. (Dena-Reuters.) Der belgische Ministerpräsident Paul Henri Spaak wird sich, wie offiziell bekanntgegeben wurde, mit König Leopold von Belgien, der sich zur Zeit in der Schweiz im Exil befindet, direkt in Verbindung setzen, um eine Lösung des bereits seit drei Jahren bestehenden belgischen „Königsproblems“ zu erreichen.  
ROM. (Dena-INS.) Streikende besetzten am Samstag in Italien öffentliche Güter, beschlagnahmten Schiffsstationen und demonstrierten gegen die Kirche.

## Zigaretten für die BIZONE

Bremen, 11. Jan. (AP.) In den Zolllagern von Bremen befinden sich 189,6 Mill. Zigaretten, 28,5 Mill. Zigarren, drei Mill. Pfeckchen, Tabak und eine größere Menge Kautabak. Weitere rund 100 Mill. Zigaretten und 8,6 Mill. Zigarren sind auf dem Wege nach Deutschland. Neben Bergarbeitern, für die bereits 35 Mill. abgesetzt wurden, sollen auch Tausende Arbeiter der Schlüsselindustrien und wichtigen Wirtschaftszweige, in den nächsten Monaten mit Zigaretten- und anderen Zuteilungen bedacht werden.

Diese Zigaretten werden außer der laufenden Zuteilung von rund 60 Zigaretten pro Kopf für sechs Wochen ausgeben.

## Explosionsunfall bei Pforzheim

Pforzheim, 11. Jan. (Sig. Bericht.) Im ehemaligen Munitionslager Haggenried ereignete sich am 10. 1. eine Explosion, bei der ein 45 Jahre alter Mann tödlich verunglückte und ein 17jähriger schwer verletzt wurde. Die beiden hatten aus Fickgranaten Zünder und Pulver entfernt und durch eigenes Verschulden die Explosion hervorgerufen.

## Sozialisten-Konferenz über den Marshall-Plan

London, 10. Januar (Dena-Reuters.) Eine Konferenz der sozialistischen Parteien Westeuropas unter Teilnahme Deutschlands und Österreichs über den Marshallplan wird am 21. März in London beginnen. Die Einladungen werden gemeinsam von der britischen Labour-Party und von den französischen Sozialisten ergehen. An der Konferenz sollen teilnehmen: Großbritannien, Frankreich, Holland, Belgien, Luxemburg, die Schweiz, Italien, Griechenland, Deutschland und Österreich. Ob Italien, Griechenland und die Schweiz tatsächlich an der Konferenz teilnehmen werden, ist jedoch wegen der Einstellung dieser Länder zum Marshallplan zweifelhaft.  
London, 11. Jan. (Dena-Reuters.) Der Entschluß der britischen Labour-Party ist nach Ansicht britischer und internationaler Arbeiterführer sowohl für die europäische Politik der britischen Regierung

als auch für die Zukunft der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit von großer Bedeutung. Es kann vorausgesetzt werden, daß die Labour-Party diese Initiative nicht ohne vorherige Rücksprache mit der Regierung ergreifen würde. — Die maßgebenden Vertreter der Labour-Party seien der internationalen Konferenz, die lediglich dazu dienen, schöne Reden zu halten und einstimmig Resolutionen anzunehmen, mehr und mehr überdrüssig geworden. Es sei vornehmlich hervorzuheben worden, daß eine Konferenz über den Marshallplan nur dann nützlich sein werde, wenn sie konkrete Arbeit leisten könne. Eine solche Arbeit würde der Versuch darstellen, einen gemeinsamen Standpunkt der europäischen Sozialisten herauszuarbeiten, der ihren besonderen Interessen bei der Ausarbeitung und Durchführung des Planes Rechnung tragen wird.

